Handelskammer

Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 83. Tel. I, Nr. 9275.
Dresdner Redaktions-Bureau: Münchner Str. 6.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., für auswärts 30 Pf. Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg. Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34

Nr. 214. Sonntag 29. April 1906. 100. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, hat durch den Berliner Botschaftssekretär dem Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem den Dank der Union für die teilnehmenden Worte anläßlich der Katastrophe von San Francisco aussprechen lassen.

* In Thorn hat gestern eine preußisch-russische Konferenz zur Bekämpfung der Choleragefahr stattgefunden. (S. Deutsches Reich.)

* Der Kaiser hat an die Witwe Frau v. Budde ein herzliches Beileidstelegramm gerichtet.

* Der „Reichsanzeiger" widmet dem Minister v. Budde einen warm empfundenen Nachruf. (S. Deutsches Reich.)

* Zwischen Deutschland und Norwegen wurde ein Abkommen über die Frage der drahtlosen Telegraphie getroffen. (S. Ausland.)

* Das Reichsgericht hat die Revision im Mordprozeß des Ehepaares Schellhaas verworfen. (S. Bericht.)

Die Moral der Diäten.

Man soll nicht prophezeien, und erst recht nicht als Journalist und in politischen Dingen. Deshalb soll dieser Artikel auch nicht mit der Voraussage eingeleitet werden, daß die Diätenvorlage unter allen Umständen in dieser oder veränderter Gestalt Gesetz werden wird. Aber trotz der wilden Gebärden der äußersten Linken und der Versicherung der Regierung auf die Aenderung der Geschäftsordnung des in seinen Mauern doch souveränen Reichstages ist die Annahme des Entwurfes sehr wahrscheinlich. Das Zentrum will es. Und die meisten übrigen Parteien wollen auch. Nur zeigen sie es nicht so deutlich. Also ist es Zeit zu fragen: Was wird werden, wenn die Diäten gesetzlich geworden sind? Welchen Einfluß wird ihre Bewilligung auf die Arbeiten des Parlamentes, auf die Parteien, auf die Regierung haben? Welche Nutzanwendungen sind zu ziehen? Es wäre verfehlt, hier einzuwenden, daß dies ruhig der Gestaltungskraft der Zeit überlassen bleiben könnte. Vielmehr handelt es sich um sehr wichtige Angelegenheiten, die eine große Umwälzung erfahren müssen. Es handelt sich ferner um das rechtzeitige Propagieren von Ideen, die nicht überall leicht Eingang finden werden, die aber mit aller Energie und, wenn nötig, auch mit einer Portion Rücksichtslosigkeit verfochten und durchgedrückt werden müssen, wenn der Liberalismus nicht wieder einmal eine Politik der verpaßten Gelegenheit treiben und schweren Schaden nehmen will.

Das lange Zögern der Regierung bis zur endlichen Ueberweisung der Diätenvorlage war hauptsächlich in dem Widerstreben begründet, der Sozialdemokratie ihre Mandatskosten zu bezahlen. Damit ist aber nur die rein finanzielle Wirkung bezeichnet, die ihrerseits nun wieder auf die Fraktion selbst, auf ihre Struktur und ihr Verhalten, wirken wird. Auch wenn es nicht schon in mehr internen Zirkeln verkündet worden wäre, so könnte man einige Folgen als Notwendigkeiten bezeichnen: Vermeidung der Doppelmandate und noch straffere Disziplinierung der Fraktion. Der Horror gegen die Doppelmandate erklärt sich nicht nur aus der Scheu, dem Reiche oder einem Staate Diäten zu schenken. Man wird aus dem anstürmenden Heer der Parteikostgänger jetzt jedes Mandat gesondert vergeben, um die Fraktionsgenossen noch sicherer als bisher in der Hand zu haben. Die große Zahl der süddeutschen Landtagsabgeordneten sozialdemokratischer Couleur, die jetzt kaum an parlamentarischen großen Tagen die Reise erster Klasse nach Berlin machen, wird vor die Wahl gestellt werden, sich für Landtag oder Reichstag zu entscheiden. Und die Sozialdemokratie wird über eine stets bereite Fraktion von Berufsparlamentariern verfügen und regelmäßig in Stärke von fünfzig oder gar sechzig Mann antreten können. Vielleicht wird man Herrn v. Vollmar, Herrn Bock aus Gotha und noch einigen anderen Größen ihre Doppelmandate lassen. Aber sonst wird reine Bahn gemacht werden. Nebenbei: die Berücksichtigung dieser unvermeidlichen Wirkung dürfte der Regierung einigermaßen die Freude an der so dringend geforderten Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer verderben. Die Aussicht auf eine beschlußfähige sozialdemokratische Majorität scheint uns denn doch nicht sehr verlockend zu sein.

Was hier von der sozialdemokratischen Fraktion gesagt worden ist, möchten wir gern, den veränderten Umständen entsprechend, auch von den bürgerlichen Parteien sagen können. Und von einer, vom Zentrum, wird man es sogar sagen dürfen. Wenigstens ist die Erkenntnis der Situation in der Zentrumspresse schon erkennbar. Doch macht uns das Geschick der sehr geschäftskundigen Mittelfraktion wenig Sorge. Viel wichtiger dünkt uns, die liberalen Parteien und in erster Linie die Nationalliberalen mit allem Nachdruck auf die Pflicht hinzuweisen, der veränderten Lage beizeiten und gründlich Rechnung zu tragen. Auch für die Nationalliberalen ist endlich die Zeit gekommen, eine Auffrischung ihres Fraktionsmaterials vorzunehmen, den jüngeren Kräften ein Feld zur Betätigung zu eröffnen und sich selbst dadurch die Zukunft zu sichern. Das alles ist jetzt durch die Diäten und die Beseitigung der Doppelmandate möglich geworden. Jetzt ist es auch Zeit für die Jungliberalen, mit konkreten Forderungen an die Partei heranzutreten. Ausreden sollen jetzt nicht gelten und Vertröstungen nicht akzeptiert werden. So unangenehm das vereinzelten Quietisten sein mag, so ist doch die Hangordnung Person, Partei und Vaterland auch heute noch gültig. Es ist notwendig, die Fraktionen in Berlin zum getreueren Ausdruck des Parteiwillens zu machen, als dies unter der Diätenlosigkeit der Fall sein konnte. Solch schwere Friktionen, wie sie die Beteiligung der Nationalliberalen am Volksschulkompromiß hervorbringen konnte, sind kein Segen für die Partei. Sie sind zugleich auch sichere Zeichen, daß die Organisation Mängel hat. Verderblicher noch als Zwist in den Fraktionen selbst ist Zwiespalt zwischen den Ansichten der Wähler und ihrer Vertreter. Zwar nicht heute und morgen treten dessen Folgen auf. Aber sie zeigen sich bei den Wahlen. Aus allen den Gründen ist die ernsthafte Prüfung und sorgfältige Vorbereitung aller der Nutzanwendungen angezeigt, die aus der Bewilligung von Diäten gewonnen werden können. Denn nicht darum handelt es sich hier, daß dreihundertsiebenundneunzig Abgeordnete von nun an jährlich einige tausend Mark bewilligt erhalten und in ihren finanziellen Verhältnissen aufgebessert werden, sondern um die Fruktifizierung dieser Volksgelder für das Volk. Im Jahre 1908 sind Neuwahlen, vielleicht auch früher. Wir meinen, man kann nicht früh genug anfangen, die Gewissen in der Partei zu schärfen. Das ist es, was wir unter der Moral der Diäten verstehen.

Hat Russlands Wiedergeburt begonnen?

Die Ruhe, die im Augenblick unter der eisernen Faust der Reaktion in Rußland herrscht, wird keinen Einsichtigen zu dem Wahne verleiten, daß die Revolution erloschen sei. Was seit sieben Monaten den Zarenstaat durchwühlt, das war nicht ein äußerer Anstoß, der durch kraftvolle Gegenwehr zur Ruhe gebracht werden konnte, sondern das ingrimmige Aufbäumen eines lange gequälten Volkes, das an der staatlichen Ordnung rüttelte und diese über alle Erwartung hinaus vermorscht fand. Hätte es politische Führer von Tatkraft und Erfahrung gehabt, so würde sich rasch ein Revolutionsministerium gebildet haben, das durch seine große Autorität die ganze Regierung regiert hätte. Denn zeitweilig war diese ohne alle Machtmittel. Erst als die Sozialdemokratie anfing, für ihre unausführbaren Pläne, ihre gemeinschädlichen Tendenzen die Gewalt an sich zu reißen nicht, um den Staat zu reformieren, sondern um die ganze gesellschaftliche Ordnung zu zerstören, konnte die Regierung die Zügel wieder erlangen. Mit der historisch herkömmlichen Verblendung warf sie sich nun in die Arme der Reaktion, um mit ihr die Volksbewegung zu ersticken.

Sie hat darauf zwei Antworten bekommen. Die eine besteht in der sofortigen Zunahme der nihilistischen Gewalttaten, die andere in dem Ausfall der Dumawahl. Diese ist ausschließlich im Sinne der konstitutionellen Demokraten ausgefallen, die von der Regierung bekämpft wurden. Für ihre eigenen Kandidaten war so gut wie gar keine Stimmung vorhanden, so daß nicht ein einziger durchgekommen ist. Die Wähler haben sich unerwartet lebhaft beteiligt, so daß man deutlich sieht, daß der angeblich die einzig geeignete Regierungsform für das russische Volk bildende zarische Absolutismus schlechtweg gar keinen Halt mehr im Volke hat. Wenn die russische Regierung geglaubt hat, sie könne sich, sei es durch obrigkeitliche Beeinflussung, sei es auf Grund der Apathie der so wenig politisch erzogenen bäuerlichen Wähler, nach napoleonischer Manier eine gehorsame „Volksvertretung" schaffen, so muß sie ihren Irrtum erkennen. Die Wähler haben die ihnen verliehenen Rechte mit beiden Händen ergriffen und scheinen den festen Willen zu haben, von ihnen Gebrauch zu machen.

Noch einmal ist der Krone die Gelegenheit geboten, sich mit den Erkorenen des Volkes zu verbinden, um gemeinsam das Wohl des Ganzen zu pflegen. Die Zurückweisung der sozialdemokratischen Machtgelüste sollte ihr selber ein wertvolles Pfand für die gute Gesinnung der in der Duma herrschenden Partei sein. Demokratisch nennt sie sich, zugleich aber auch konstitutionell, d. h. sie will die Verfassung ehren. Ein volkstümliches Regiment ist ihr Ziel, das die Wohlfahrt des Staates und seiner Bürger und Bauern durch die Reformen herbeiführen will. Aber sie will weder die Unordnung der Nihilisten, noch den Kommunismus der Sozialdemokraten. Ein so glänzendes Anerbieten sollte die Regierung nicht ausschlagen, um dem verrotteten Bureaukratismus noch eine Galgenfrist zu sichern.

Vielmehr sollte sie sich selber eifrig bemühen, in der Duma eine Ordnung zu schaffen, die dem Volkswillen die rechte Betätigung sichert. Hier liegt nämlich der schwache Punkt des russischen Konstitutionalismus. Das slawische Naturell ist groß im Erdulden, groß in plötzlicher Aufwallung, groß in endlosen Reden. Und das russische ist es mehr als das aller anderen Stämme. Dagegen ist es schwach in kurz entschlossenem Handeln und in zähem Verfechten seines Rechtes. Nun fehlt den Russen alle und jede parlamentarische Schulung. Es ist ebenso gut möglich, daß die Volksvertretung in ein wüstes Durcheinander von Reden und Bestrebungen verfällt, wie daß sie alsbald wieder zu völliger Untätigkeit und Teilnahmlosigkeit herabsinkt. Mit beidem kann weder der Regierung noch dem Gemeinwohl gedient sein. Es kommt vielmehr alles darauf an, der Russia in den Sattel zu helfen, damit sie allmählich das Reiten lerne; denn mit dieser Kunst sieht es noch recht fragwürdig aus. Das alte Regime ist tot, die Not der Zeit erheischt gebieterisch ein neues, und dieses kann nur das konstitutionelle sein. Wünschen wir Rußland, daß die Duma in ihrer Mitte die Männer finde, die genug Staatsmannschaft besitzen, um die Geschäfte erfolgreich zu führen, und daß diese die Masse der Abgeordneten zu beherrschen wissen. Das allein verbürgt die Wiederkehr der Ordnung.

Der weitaus schwerste Teil der Arbeit bleibt noch zu leisten. Das ist die Herbeiführung der materiellen Wohlfahrt, deren Mangel einen der wesentlichsten Ursachen der Revolution ist. Die Not, der Hunger, das Elend der Massen haben selbst diese geduldige Nation zum Aufruhr gebracht. Rußland ist kein reiches Land. Behauptungen dieser Art sind vielmehr unwahre Redensarten, meist wohl, um unerfahrene Kapitalisten zu verlocken, auf russische Anleihen zu zeichnen. Die ganze große Ebene zwischen dem Schwarzen und dem Weißen Meer ist — mit Ausnahme der Kohlen im Donezbecken — so gut wie entblößt von allen Mineralschätzen. Das zieht der Industrie enge Grenzen. Der Bergbau des Ural, des Altai und Transbaikaliens kann für ein Volk von 130 Millionen Seelen nichts verschlagen. 85 v. H. der ganzen Einwohnerschaft sind auf die Landwirtschaft angewiesen. In seinen Forten besaß Rußland ein großes Kapital; sie sind verjubelt, abgeholzt und nicht wieder forstmäßig angepflanzt, so daß eine Fortdauer der bisherigen Erträge ausgeschlossen ist. In der Landwirtschaft steckt wenig Kapital, viel zu wenig. Die berühmte Schwarzerde im südlichen Mittelrußland ist zwar außerordentlich fruchtbar, aber in ihrem südlichen Teil ist sie Steppe, die alle paar Jahre wegen gänzlichen Regenmangels eine Fehlernte gibt. Wo der Regenreichtum einigermaßen gesichert ist, da ist der Landwirt am besten dran; doch auch hier fehlen ihm die Mittel zu einer intensiveren Bewirtschaftung. Er hat viel zu wenig Vieh, und obendrein reißen ihm gelegentliche Hungersnöte furchtbare Lücken in das Arbeitsvieh, sowie in das Zuchtvieh, so daß noch mehrere Jahre nachher die Landbestellung darunter leidet. Die Viehställe, die Kornscheuern sind in erbärmlichem Zustande, das Ackergerät ist veraltet und wenig wert, die Kunde von höherer Landwirtschaft fehlt, Meliorationen, Ent- und Bewässerung können wegen Mangel an Kapital nicht durchgeführt werden. Nördlich von dem Schwarzerde-Gouvernement herrscht armer Boden, dort sind alle diese Verhältnisse noch viel schlimmer.

Unglücklicherweise ist daran wenig zu ändern. Fleiß und Sparsamkeit führen schließlich zum Ziele, sind aber eine lange, harte Schule. Das ausländische Privatkapital kommt nicht leicht. Es kommt nur, wenn hohe Gewinne es locken. Bei jetziger Unsicherheit scheut es sich doppelt. Der Staat kann wenig machen, denn er ist zu ganz anderen Zwecken auf den ausländischen Geldmarkt angewiesen, wenigstens so lange er seiner Großmachtspolitik zu Liebe starke Heere und starke Flotten unterhalten will. Woher soll die Hilfe, eine baldige Hilfe kommen?

Der Notschrei des Bauern geht nach mehr Land, damit er bei seiner rückständigen Dreifelderwirtschaft zu leben habe. Die dörfliche Bevölkerung wächst, die Dorfflur bleibt die gleiche und kann höchstens durch Abeilland oder Krongüter vergrößert werden. Diese können auch nur einmal aufgeteilt werden, und nur auf Kosten der bisherigen Eigentümer. Weiter werden Steuerermäßigungen verlangt, wo doch die Einnahmen schon bisher den Ausgaben nicht gewachsen sind. Möchten doch die auswärtigen Gläubiger nicht verkennen, daß sich bei einer solchen Lage leicht ein Abgrund auftut: der Staatsbankerott, damit die Zinsen ans Ausland — jährlich etwa eine halbe Milliarde Mark, nicht länger gezahlt werden.

Alles ruft nach Reformen, nach bürgerlicher und politischer Freiheit. Diese Forderung ist so unerschütterlich begründet, daß sie erreicht werden muß, wenn in der Duma nur einigermaßen die Kräfte vorhanden sind, wie sie für eine Volksvertretung stets normal sein sollten.

Deutsches Reich.

Leipzig, 29. April.

* **Die Reisepläne des Kaiserpaares.** Entgegen einigen Zeitungsnachrichten stellt das Wolffsche Telegraphen-Bureau aus zuverlässiger Quelle fest, daß die Reisedispositionen des Kaiserpaares für die nächste Zeit nicht geändert worden sind. Der Kaiser gedenkt, wie ursprünglich festgesetzt war, am 2. Mai in Berlin zu sein, um auf dem Döberitzer Uebungsplatz die Bataillone des 1. Garde-Regiments zu besichtigen. Ebenso gedenkt der Kaiser, am 3. Mai Bataillonsbesichtigungen vorzunehmen und am 3. Mai abends nach Donaueschingen abzureisen. Die Kaiserin verbleibt vorläufig in Homburg.

* **Der „Reichs-Anzeiger" über Budde.** Der „Reichsanzeiger" widmet dem Minister v. Budde einen warm empfundenen Nachruf: Sein Wirken war ausgezeichnet durch große Erfolge auf allen Gebieten seiner ausgedehnten Verwaltung. Aus seinen früheren militärischen Stellungen mit dem Eisenbahnbetriebe wohl vertraut und mit offenem Blick für die Bedürfnisse des Verkehrs, arbeitete er rastlos an der Ausgestaltung der Verkehrseinrichtungen und der Erweiterung des Eisenbahnnetzes und schuf zahlreiche Verbesserungen. Unermüdlich besorgt für die Wohlfahrt der Beamten und Arbeiter, verlangte er von ihnen Treue um Treue. Von den deutschen Eisenbahnverwaltungen, deren Zusammenwirken zum Nutzen des Gesamtverkehrs im Reiche, er eifrig zu fördern bestrebt war, wird sein Heimgang schmerzlich betrauert werden. Der Nachruf gedenkt der unter Budde als dem Chef der Bauverwaltung geschaffenen stattlichen Anzahl von Monumentalbauten, seines entscheidenden Einflusses auf das großstädtische Verkehrswesen, seiner Fürsorge für eine gesunde Entwicklung der Wohnungsfrage und fährt dann fort: Untrennbar verbunden bleibt Buddes Name mit der Entwicklung der preußischen Wasserwirtschaft. Hauptsächlich seiner Mitwirkung ist der glückliche Abschluß der großen wasserwirtschaftlichen Vorlagen zu verdanken. In die übrigen Zweige der Wasserbauverwaltung griff er ebenfalls fördernd ein und verband hierbei die Interessen der übrigen Bundesstaaten mit den Bedürfnissen Preußens. So kam er bereitwillig den Wünschen der Hansastädte nach Ausbildung ihrer Schiffahrtsanlagen nach, indem er gleichzeitig die Entwickelung der preußischen Seehäfen erfolgreich förderte. Auch der Mainkanalisationsvertrag ist ein Beweis seiner unparteiischen Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrsbedürfnisse. Mit einer Tatkraft und Hingebung ohnegleichen nahm der Verewigte ungeachtet seiner schweren Leiden, so lange es seine Kräfte erlaubten, die Leitung der Geschäfte, wie ihre Vertretung im Parlamente, wahr. Sein Andenken wird im Vaterlande für immer in hohen Ehren bleiben.

* **Cholera-Konferenz.** Aus Thorn wird gemeldet: Nachdem zur Verhütung der Choleragefahr im Weichselgebiet die gesundheitliche Ueberwachung des Schiffahrts- und Flößereiverkehrs in der Grenzstation Schillno wieder aufgenommen ist, fand gestern in Thorn unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Jagow eine Konferenz von Vertretern der preußischen und russischen Behörden in der Angelegenheit der Bekämpfung der Choleragefahr statt, an der auch Regierungsvertreter aus Ostpreußen, Posen, Pommern teilnahmen. Insbesondere wurden Vereinbarungen mit den russischen Behörden über die einheitliche Ueberwachung des Stromverkehrs und über den Meldedienst getroffen.

* **Eine Ordensdebatte in der Kammer der bayerischen Reichsräte.** Die Kammer der Reichsräte beriet gestern den Kultusetat. Dabei führte Reichsrat Frhr. v. Kramer-Klett aus: In den letzten Jahren beschäftigte sich die öffentliche Meinung mehrfach mit den klösterlichen Niederlassungen. In den Fällen, die das bayerische Ministerium angingen, hat das Kultusministerium sehr gerecht geurteilt. Die Orden der abendländischen Kirche sind die Elite des Christentums: das ist mein Urteil als Protestant. Auch in der protestantischen Kirche hat sich die Idee, für ideale Zwecke zusammenzuleben, Durchbruch verschafft in den Diakonissenanstalten. Die Bestrebungen, die sich gegen die Kirche breit machen, wenden sich in erster Linie gegen die Orden, weil die Orden der lebendige Gegenbeweis gegen die Doktrin derjenigen sind, welche die Welt angeblich befreien wollen. Erzbischof Stein dankte dem Vorredner für die wohlwollende Besprechung der Ordensfrage. Oberkonsistorialpräsident Schneider erkennt an, daß die Orden sich im Mittelalter große Verdienste erworben haben. Jetzt aber sei die Stellung der Protestanten zu den Orden eine andere geworden. Die schönen Tugenden der Nächstenliebe können auch ohne Orden geübt werden. Frhr. v. Kramer spricht nochmals seine Ueberzeugung aus, daß es in der protestantischen Kirche anders stände, wenn sie Orden hätte. Frhr. v. Thüngen erklärt, der gläubige Protestant könne nicht ohne weiteres in den abendländischen Orden die Elite des Christentums anerkennen; solche pronongierten Aeußerungen seien dem Frieden unter den Konfessionen nicht dienlich. Damit schließt die Generaldiskussion.

* **Neue Schwierigkeiten für die Tarifreform.** Wie der „Schwäbische Merkur" erfährt, stehen der Personentarifreform, auch abgesehen von den noch schwebenden Detailfragen, Schwierigkeiten erheblicher Art entgegen. Die oldenburgische Regierung hat sich bis jetzt nicht dazu entschließen können, die in Oldenburg nach dem Vorbilde von Württemberg eingeführten Landeskarten mit der Einführung der Tarifreform aufzuheben. Falls die oldenburgische Regierung nicht zu diesem Entschlusse gelangen sollte, so würde voraussichtlich auch in Württemberg die Beseitigung der Landeskarten in Frage gestellt werden, und dann würden wohl auch andere Eisenbahnverwaltungen zur Aufrechterhaltung ihrer Sondereinrichtungen veranlaßt werden. Dies würde aber eine weitere Durchbrechung der bereits durch das Vorgehen von Bayern und Baden beeinträchtigten Einheitlichkeit der Reform bedeuten.

△ **Sozialdemokratische Jugenderziehung.** Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Fischer, der auf dem sozialdemokratischen Parteitag im Zwickau gegen das Hineintragen parteipolitischer Tendenzen in die Jugenderziehung auftrat, damit aber auf heftige Opposition traf, sekundiert jetzt die „Leipziger Lehrerzeitung". Sie schreibt u. A.: „Mit Annahme der Forderung einer besonderen sozialdemokratischen Jugendagitation, die auch auf Volks- und Fortbildungsschulen ausgedehnt werden soll, stellt sich die Partei sofort in Gegensatz zur Forderung der allgemeinen Volksschule (die sie aufstellt. D. Red.), denn die allgemeine Volksschule verträgt keinerlei parteipolitische Tendenzen. Wenn alle unsere politischen Parteien ähnliche Pläne verfolgen würden, so würde das unter unseren Schülern ein nettes Tohuwabohu geben. Wir müßten dann Einrichtung von Schulen nach dem Parteistandpunkt der Eltern fordern . . . Die Stellung zu dieser Frage bildet einen Prüfstein, ob es der sozialdemokratischen Partei mit dem Verlangen nach der allgemeinen Volksschule ernst ist, oder ob sie sich auch auf dem Gebiete der Erziehung auf die Bahn der krassesten Interessenwirtschaft begeben will."

* **Der internationale Bergarbeiterkongreß.** Dem internationalen Bergarbeiterkongreß, welcher am 5. Juni in London abgehalten werden soll, legt man diesmal große Bedeutung bei: er bringt vielleicht die Entscheidung über große und gewaltige Lohnkämpfe. Deutschland wird auf dem Kongreß durch 12 Delegierte vertreten sein, 6 entsendet das Ruhrgebiet, 1 Bayern, 1 die Braunkohlenreviere Mitteldeutschlands, 1 Oberschlesien, 1 Niederschlesien, 1 das Wurm- und Saarrevier. In London wird man sich in erster Linie darüber schlüssig werden, wie eine engere Verbindung durch das internationale Bergarbeiter-Komitee erzielt werden kann, sodann wird man die Ziele der Bergarbeiter-Organisationen festzulegen versuchen (Minimallohn und Achtstundenschicht inklusive Ein- und Ausfahrt). Im deutschen Lager möchte man vorher gar zu einem großen Schlage ausholen; vielleicht fällt am Sonntag schon die Entscheidung in Essen, wo sämtliche Knappschaftsältesten des Verbandes aus dem Ruhrgebiet zusammenkommen. Die Heißsporne wollen, daß die Gesamtheit der Knappen am 1. Mai nicht zur Arbeit kommt. „Das Unternehmertum, welches einzelne wegen der Feier des Tages möglicherweise maßregeln würde, wird sofort umschwenken, wenn die Mehrzahl der Arbeiter diesen Tag festlich begeht und zeigt, daß sie wirklich ein Volk von Brüdern sind" — so wird den Knappen im Verbandsorgan gepredigt. Nun, die Zechenbesitzer sind, wie wir erfahren, nicht gewillt, sich den 1. Mai abtrotzen zu lassen, sie werden Gegenmaßregeln treffen; es kann daher leicht zu neuen und schwerwiegenden Konflikten im Ruhrgebiet kommen. Reichstagsabg. Hue-Essen, der sich nach Bayern (Penzberg) behufs Agitation begeben hat, soll ja auf das dringendste von solchen Schritten abgeraten haben, aber vielfach zeigt sich, daß der Einfluß der gemäßigten Elemente im Schwinden ist.

* **Maifeier und Arbeitsruhe.** Das Internationale Sozialistische Bureau hat in Sachen der Maifeier einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder gerichtet. Darin wird an erster Stelle die Arbeitsruhe am 1. Mai als „deutlichste, tatkräftigste" Form der Demonstration bezeichnet